



21/2018

Mitteilungsblatt / Bulletin

3. Mai 2018

Veröffentlichung der konsolidierten Fassung

**Rahmenstudien- und -prüfungsordnung
der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
in der Fassung vom 09.02.2016 und 05.07.2016,
geändert am 12.12.2017**

Publication of the consolidated edition

Framework study and examination regulations
of the Berlin School of Economics and Law
In the version from 09.02.2016 and 05.07.2016,
amended on 12.12.2017

Editor

Der Präsident der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin /
The President of the Berlin School of Economics and Law
Badensche Straße 52 • 10825 Berlin
T +49 (0)30 30877-1393 • F +49 (0)30 30877-1319

Rahmenstudien- und -prüfungsordnung der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin in der Fassung vom 09.02.2016 und 05.07.2016, geändert am 12.12.2017¹

Auf Grund von § 31 Absatz 1 i.V.m. § 61 Abs. 1 Nr. 5 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz–BerLHG) in der Fassung vom 26. Juli 2011 (GVBl. S. 378), zuletzt geändert am 2. Februar 2018 (GVBl. S. 160) hat der Akademische Senat der HWR Berlin die folgende Rahmenstudien- und -prüfungsordnung erlassen:

Inhalt

Abschnitt I: Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Zweck und Geltungsbereich
- § 2 Ordnungen der Fachbereiche, Bekanntmachungen
- § 3 Allgemeine Studienziele
- § 4 Studienfachberatung

Abschnitt II: Studiengangstruktur und verpflichtende Studienberatung

- § 5 Modularisierung
- § 6 Mobilität
- § 7 Fremdsprachen
- § 8 Lehr- und Lernformen
- § 9 Verpflichtende Studienberatung

Abschnitt III: Prüfungen

- § 10 Einstufungsprüfung
- § 11 Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen
- § 12 Prüfungsanmeldung und -abmeldung
- § 13 Versäumnis von Prüfungen
- § 14 Bewertung von Prüfungsleistungen
- § 15 Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 16 Prüfer und Prüferinnen
- § 17 Wiederholung von Prüfungsleistungen
- § 18 Abschlussprüfung
- § 19 Nachteilsausgleich
- § 20 Mutterschutz
- § 21 Prüfungsausschüsse
- § 22 Einwendungen

¹ Die Fassung vom 09.02.2016 und 05.07.2016 wurde bestätigt von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft am 03.06.2016, die Änderungen vom 12.12.2017 wurden bestätigt von der Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung – am 24.04.2018.

Abschnitt IV: Urkunden und Zeugnisse

§ 23 Abschlusszeugnis, Abschluss-Urkunde, Diploma Supplement

Abschnitt V: Abschlussvorschriften

§ 24 Besondere Regelungen für den Fachbereich Duales Studium Wirtschaft • Technik

§ 25 Inkrafttreten/Übergangsregelungen

Anlagen

- A. Muster eines Abschlusszeugnisses (Deutsch) – Vorderseite –
- B. Muster eines Abschlusszeugnisses (Englisch) – Vorderseite –
- C. Muster Bachelor-Urkunde (Deutsch)
- D. Muster Bachelor-Urkunde (Englisch)
- E. Muster Master-Urkunde (Deutsch)
- F. Muster Master-Urkunde (Englisch)

Abschnitt I: Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Zweck und Geltungsbereich

(1) Diese Rahmenordnung legt die Grundsätze für die Gestaltung von Studiengängen und für die Durchführung von Prüfungen an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin) fest. Sie ist für alle Studiengänge, Fachbereiche und Institute der HWR Berlin, mit Ausnahme der Laufbahnstudiengänge Öffentliche Verwaltung, Polizeivollzugsdienst und Rechtspflege, verbindlich.

(2) Für Studiengänge, die gemeinsam mit anderen Hochschulen durchgeführt werden, können mit Zustimmung des Akademischen Senats abweichende Regelungen getroffen werden.

(3) Diese Rahmenordnung soll die Kompatibilität der Studiengänge innerhalb der Hochschule, in Europa und international gewährleisten. Sie ist insbesondere dem Bologna-Prozess verpflichtet.

§ 2 Ordnungen der Fachbereiche, Bekanntmachungen

(1) Die Fachbereiche und Institute erlassen für jeden Studiengang Studien- und Prüfungsordnungen. In der Studien- und Prüfungsordnung werden insbesondere die Ziele und die dafür erforderlichen Inhalte sowie die Struktur des jeweiligen Studiengangs festgelegt. Dabei ist auf die Studierbarkeit und den möglichen Abschluss innerhalb der vorgesehenen Regelstudienzeit sowie auf die Berufsbefähigung der jeweiligen Abschlüsse zu achten.

Die Studien- und Prüfungsordnungen regeln insbesondere

- Näheres über den mit dem Studiengang zu erwerbenden akademischen Grad sowie die Ausgestaltung des Zeugnisses und des Diploma Supplements,
- die fachspezifische Regelstudienzeit, den Studienaufbau durch Bestimmung der einzelnen Module und die Zuordnung von Leistungspunkten zu den Modulen sowie das Verfahren beim Prüfen,
- die Ausgestaltung der Module durch Bestimmung der dadurch zu vermittelnden Kompetenzen und durch Bestimmung der für die betreffenden Prüfungen vorgesehenen Prüfungsformen, die Zulassungsvoraussetzungen und Anforderungen einzelner Prüfungen, deren Bedeutung für den Studienabschluss sowie das Verfahren der Wiederholung von Prüfungen und bei Verhinderung an der Teilnahme an Prüfungen,
- das Verfahren zur Bewertung von Prüfungsleistungen, zur Anrechnung von Prüfungsleistungen Kompetenzen sowie von Ausbildungs- und Beschäftigungszeiten und zur Bildung der Abschlussnote sowie Näheres zur Anfertigung der Abschlussarbeit.

Die Studien- und Prüfungsordnungen können allgemein oder für bestimmte Module eine Anwesenheitspflicht vorsehen.

(2) Studierende der HWR Berlin werden in geeigneter Form, z. B. durch Aushang, über die Internetseite, eine Internet-Plattform oder über ihren E-Mail-Account der Hochschule über Veranstaltungs- und Prüfungstermine informiert. Auf der Internetseite der HWR Berlin stehen die geltenden Ordnungen als Downloads zur Verfügung. Studierende sind gehalten, sich regelmäßig über die für sie gültigen Studien- und Prüfungsordnungen zu informieren.

§ 3 Allgemeine Studienziele

- (1) Lehre und Studium sollen die Studierenden auf berufliche Tätigkeiten unter Berücksichtigung der Veränderungen in der Berufswelt und des gesellschaftlichen Wandels vorbereiten und ihnen die dafür erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden so vermitteln, dass sie zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit, zu kritischem Denken und zu freiem verantwortlichen, demokratischen und sozialen Handeln befähigt werden. Dies bedeutet den Erwerb sowohl fachlicher als auch überfachlicher (extrafunktionaler) Qualifikation.
- (2) In fachlicher Hinsicht soll den Bachelorstudierenden eine wissenschaftliche Ausbildung vermittelt werden, die zu einem ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss und zu der langfristig wirksamen Befähigung führt, in unterschiedlichen beruflichen Einsatzbereichen leitend oder selbständig tätig zu werden. Masterstudierende sollen darüber hinaus vertiefende oder verbreiternde wissenschaftliche Kenntnisse in einem weiteren berufsqualifizierenden Hochschulabschluss erlangen.
- (3) Die überfachlichen Qualifikationen schließen sowohl kognitive als auch soziale Fähigkeiten ein. Unter den kognitiven Fähigkeiten kommt besondere Bedeutung den Fähigkeiten zu, Probleme und ihre Bedeutung zu erkennen und in Zusammenhänge einzuordnen sowie analytisch und kritisch zu denken. Zu den sozialen Fähigkeiten gehören die Kommunikationsfähigkeit, insbesondere die Diskussions-, Kooperations- und Führungsfähigkeit, sowie die Fähigkeit zum solidarischen Handeln in gesellschaftlicher Verantwortung. Die Studierenden sollen mithin zu wissenschaftlichem Arbeiten qualifiziert werden und soziale Kompetenz erlangen (Schlüsselqualifikation).
- (4) Die HWR Berlin ist der internationalen, insbesondere der europäischen Zusammenarbeit und dem Austausch mit ausländischen Hochschulen verpflichtet. Die Studiengänge sollen die dem Fach entsprechenden internationalen Bezüge aufweisen.
- (5) Das Studium Generale soll das Erreichen der Studienziele gemäß § 3 Absatz 1 und 2 unterstützen. Ergänzend soll das Studium Generale eine übergreifende Allgemeinbildung, interdisziplinäres Denken und Orientierungswissen vermitteln, insbesondere soll durch sein Angebot zur Verständigung zwischen verschiedenen Ländern, Bevölkerungsgruppen und Kulturen beigetragen werden.

§ 4 Studienfachberatung

- (1) Die Studienfachberatung obliegt den Fachbereichen und Zentralinstituten. Grundsätzlich ist die individuelle Studienberatung Aufgabe aller hauptamtlichen Lehrkräfte. Sie sollen die Studierenden durch eine studienbegleitende, fachspezifische Beratung, insbesondere über Studienmöglichkeiten und Arbeitstechniken, bei der Gestaltung und Durchführung des Studiums und der Prüfungen unterstützen.
- (2) Darüber hinaus bestellt der zuständige Fachbereichs- oder Institutsrat für jeden Studiengang eine hauptamtliche Lehrkraft zur oder zum Beauftragten für die Studienfach- und Prüfungsberatung, die mit der Zentralen Studienberatung und der Studien- und Prüfungsverwaltung zusammenarbeitet, um insbesondere Studienbewerberinnen und -bewerber, Hochschulwechslerinnen und -wechsler zu beraten sowie in besonderen Fällen spezielle Informationen anzubieten.

Abschnitt II: Studiengangsstruktur und verpflichtende Studienberatung

§ 5 Modularisierung

- (1) Die Studiengänge der HWR Berlin werden in Modulen strukturiert.
- (2) Ein Modul ist eine thematisch in sich abgeschlossene Einheit. Es wird beschrieben durch:
 - a) Inhalte und Qualifikationsziele,
 - b) Lehrformen,
 - c) Voraussetzungen für die Teilnahme,
 - d) Verwendbarkeit,
 - e) Voraussetzungen für die Vergabe von Leistungspunkten,
 - f) Leistungspunkte und Noten,
 - g) Häufigkeit des Angebots,
 - h) Arbeitsaufwand und
 - i) Dauer.

Ein Modul wird in der Regel durch eine Prüfung abgeschlossen.

- (3) Module können als Pflicht-, Wahlpflicht- oder Wahlmodule angeboten werden.
- (4) Im Studium Generale angebotene Module können zusätzlich als Wahlmodule belegt werden und, wenn es die studiengangspezifischen Ordnungen vorsehen, auch als Wahlpflichtmodule berücksichtigt werden. Näheres regeln die studiengangspezifischen Ordnungen.

§ 6 Mobilität

Die Studiengänge und Prüfungen sind so zu organisieren, dass Zeiträume während des Studiums für Aufenthalte an anderen Hochschulen oder im Ausland oder für Praktika ohne Zeitverlust zur Verfügung stehen.

§ 7 Fremdsprachen

Die HWR Berlin fördert aktiv die Sprachkompetenz ihrer Studierenden. Hierfür werden insbesondere eigene Sprachkurse angeboten und Kooperationsangebote vermittelt. Die HWR Berlin bietet zudem fremdsprachige Bachelor- und Masterstudiengänge an. Darüber hinaus wird die Belegung von fremdsprachigen Modulangeboten ermöglicht, soweit die Kapazitäten vorhanden sind.

§ 8 Lehr- und Lernformen

- (1) Lehr- und Lernformen in den Modulen der Präsenzstudiengänge sind Vorlesungen, seminaristischer Lehrvortrag, seminaristischer Unterricht, Übungen, Seminare, Projektseminare und Praxisphasen.
- (2) Darüber hinaus gibt es Module als reine Online-Angebote (E-Learning) bzw. als Blended-Learning-Angebote, die Online- und Präsenzphasen verknüpfen.

(3) Zur Erprobung und Einführung neuer Lehr- und Lernformen können die Studien- und Prüfungsordnungen weitere Lehrformen, insbesondere Service-Learning, vorsehen.

§ 9 Verpflichtende Studienberatung

(1) Nach Ablauf der Hälfte der Regelstudienzeit, in grundständigen Studiengängen frühestens drei Monate nach dem für die Beratung nach § 28 Absatz 2 Satz 5 BerlHG vorgesehenen Zeitpunkt, ist die Teilnahme an Studienfachberatungen im Hinblick auf nicht erreichte Studienziele für die Studentinnen und Studenten zur Förderung eines erfolgreichen Studienverlaufs verpflichtend, wenn die Studienziele des bisherigen Studiums zu weniger als einem Drittel der zu erbringenden Leistungspunkte erreicht wurden. Für auf der Grundlage des § 11 Absatz 2 oder Absatz 3 immatrikulierte Studentinnen und Studenten, die die in der jeweiligen Studien- und Prüfungsordnung bestimmten Studienziele des ersten Studienjahres nicht erreicht haben, ist eine Studienfachberatung nach Satz 1 zum Ende des ersten Studienjahres vorzunehmen. Ziel der Studienfachberatung ist der Abschluss einer Vereinbarung, in der das weitere Studium geplant wird und sich die Studentin oder der Student zu bestimmten Maßnahmen zur Erreichung der Studienziele verpflichtet und weitere zur Förderung des weiteren Studienverlaufs geeignete Maßnahmen der Hochschule vereinbart werden (Studienverlaufsvereinbarung).

(2) Für den Fall, dass eine nach Absatz 1 vorgesehene Studienverlaufsvereinbarung nicht zustande kommt, kann die Prüfungsordnung vorsehen, dass die Studentin oder der Student im Ergebnis der Studienfachberatung verpflichtet wird, innerhalb einer vom zuständigen Prüfungsausschuss individuell festzulegenden Frist bestimmte Studien- und Prüfungsleistungen zu erbringen. Die Studierenden sind auf die mögliche Folge einer Zwangsexmatrikulation für den Fall hinzuweisen, dass die Studien- und Prüfungsleistungen bis zum festgesetzten Zeitpunkt zu weniger als einem Drittel erbracht werden. Bei der Festlegung von Verpflichtungen ist die persönliche Situation der Studentin oder des Studenten angemessen zu berücksichtigen, die Studien- und Prüfungsordnungen müssen entsprechende Möglichkeiten zu Anträgen in Ausnahme- und Härtefällen vorsehen.

(3) Die nach dieser Vorschrift bzw. den entsprechenden Regelungen in den Prüfungsordnungen erforderlichen Entscheidungen trifft der zuständige Prüfungsausschuss.

Abschnitt III: Prüfungen

§ 10 Einstufungsprüfung

(1) Von Studienbewerberinnen und Studienbewerbern können Kenntnisse und Fähigkeiten, die sie in anderer Weise als durch ein Studium erworben haben, in einer besonderen Einstufungsprüfung nachgewiesen werden.

(2) Einstufungsprüfungen werden auf Antrag der Studienbewerberin oder des Studienbewerbers vor Studienbeginn durchgeführt. Eine Einstufungsprüfung kann nicht wiederholt werden.

(3) Der für den angestrebten Studiengang zuständige Prüfungsausschuss beschließt über den Antrag und das Verfahren.

§ 11 Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) Die Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen aus dem In- und Ausland erfolgt nach dem Gesetz zu dem Übereinkommen vom 11. April 1997 über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region (Bundesgesetzblatt 2007, Teil II, Seite 712ff.). Es erfolgt eine Anrechnung, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen keine wesentlichen Unterschiede festgestellt und begründet werden. Die Beweislast, dass die erbrachten Leistungen nicht die entsprechenden Voraussetzungen zur Anerkennung erfüllen, liegt bei der Hochschule. Wird die Anrechnung versagt, so ist dies zu begründen. Leistungen dürfen nur einmal angerechnet werden.
- (2) In der Studien- oder Prüfungsordnung vorgesehene Kompetenzen, die außerhalb der Hochschulen erworben worden sind, sind bis zur Hälfte der für den Studiengang vorgesehenen Leistungspunkte anzurechnen, wenn sie den im Rahmen des Studiengangs an der HWR Berlin zu erwerbenden Kompetenzen gleichwertig sind. Leistungen und Kompetenzen dürfen nur einmal angerechnet werden.
- (3) Die Entscheidung, welche Kompetenzen angerechnet werden können, trifft der zuständige Prüfungsausschuss oder die von ihm beauftragte Lehrkraft.
- (4) „Nicht ausreichend“ bzw. „ohne Erfolg“ lautende Leistungsbeurteilungen sind auf die Wiederholungsmöglichkeiten in nach Inhalt und Umfang gleichen Modulen anzurechnen.
- (5) Beim Wechsel des Studiengangs innerhalb der HWR Berlin erfolgt die Einstufung in ein Fachsemester entsprechend dem Umfang der anerkannten Studienleistungen.

§ 12 Prüfungsanmeldung und -abmeldung

- (1) In Studiengängen, die im Online-Verfahren belegt werden, erfolgt mit dem Belegen der Lehrveranstaltung bzw. des Moduls gleichzeitig die Anmeldung zur Prüfung. Die Teilnahme an der Prüfung ist verpflichtend, sofern kein zulässiger Belegungsrücktritt gemäß § 18 der Ordnung über die Rechte und Pflichten der Studierenden erfolgt oder ein wichtiger Grund für das Prüfungsversäumnis gemäß § 13 dieser Ordnung nachgewiesen wird.
- (2) In Studiengängen, die nicht im Online-Verfahren belegt werden, legen die Fachbereiche und Institute die Verfahren zur Prüfungsan- und -abmeldung in den studiengangsbezogenen Prüfungsordnungen fest.

§ 13 Versäumnis von Prüfungen und Rücktritt

- (1) Die Prüfung ist versäumt, wenn die Kandidatin oder der Kandidat an einem verbindlichen Prüfungstermin nicht teilnimmt, die Leistung nicht oder nicht rechtzeitig erbringt oder ohne triftigen Grund zurücktritt. Die Leistung gilt dann als mit „nicht ausreichend“ bzw. „ohne Erfolg“ beurteilt. Das gilt nicht, wenn die Kandidatin oder der Kandidat unverzüglich nach Maßgabe von Absatz 2 und Absatz 3 einen triftigen Grund für das Versäumnis oder den Rücktritt glaubhaft macht. Erscheint die Kandidatin oder der Kandidat verspätet zu einer Prüfung, so wird die versäumte Zeit nicht nachgeholt.
- (2) Ein triftiger Grund für das Versäumnis oder den Rücktritt liegt vor, wenn die Nichtteilnahme an der Prüfung oder der Rücktritt von der Prüfung von der Kandidatin oder dem Kandidaten nicht zu vertreten war. Das ist insbesondere der Fall, wenn Prüfungsunfähigkeit vorliegt. Die Geburt eines Kindes, Mutterschutzfristen und die Erkrankung eines Kindes, das die Studentin oder der Student pflegt und erzieht,

oder einer oder eines pflegebedürftigen Angehörigen bzw. die akute Erkrankung oder der nachweisbare Ausfall einer Pflegekraft für eine pflegebedürftige nahe Angehörige oder einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen im Sinne des Pflegezeitgesetzes sind gleichfalls triftige Gründe für das Versäumnis. Weitere Rechte von Studentinnen sind in § 20 geregelt. Die für das Versäumnis oder den Rücktritt geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss bzw. der von ihm beauftragten Stelle der Hochschulverwaltung innerhalb von drei Werktagen nach dem Termin für die Prüfung bzw. für die Erbringung der Leistung schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden; später angezeigte oder glaubhaft gemachte Gründe werden nur berücksichtigt, wenn Anzeige und Glaubhaftmachung unverzüglich erfolgen und unverzüglich ein triftiger Grund für die Überschreitung der Frist glaubhaft gemacht wird. Eigene Prüfungsunfähigkeit oder Erkrankung eines Kindes sind durch ärztliches Attest glaubhaft zu machen. In begründeten Ausnahmefällen der eigenen Prüfungsunfähigkeit, insbesondere im Wiederholungsfalle, kann auf Beschluss des Prüfungsausschusses ein amtsärztliches Attest verlangt werden.

(3) Ist ein triftiger Grund für das Versäumnis oder den Rücktritt fristgerecht glaubhaft gemacht worden, so wird der Prüfungsversuch nicht gewertet. Dies gilt auch für das Versäumnis eines Ersatztermins.

(4) Ein einziger Ersatztermin findet spätestens im Folgesemester statt. Zu diesem Ersatztermin ist die Studentin oder der Student automatisch angemeldet. Der Ersatztermin wird in geeigneter Form bekanntgemacht. Gegebenenfalls erforderliche weitere Prüfungstermine im Rahmen der regulären Wiederholungsmöglichkeiten bleiben davon unberührt.

(5) Näheres bestimmen die studiengangsbezogenen Studien- und Prüfungsordnungen.

§ 14 Bewertung von Prüfungsleistungen

(1) Für in der Regel drei Viertel der Gesamtstudienleistung ist in Prüfungen differenziert und nach den gezeigten Leistungen der einzelnen Prüfungskandidatin oder des einzelnen Prüfungskandidaten mit Noten zu bewerten. In die Abschlussbewertung gehen alle vergebenen Noten nach Satz 1 sowie die für den Studienabschluss erforderlichen anderen Leistungsnachweise ein.

(2) Folgende Noten sind zu verwenden:

1	sehr gut	Die Note „sehr gut“ ist zu erteilen, wenn die Leistungen durch Eigenart, Wissensumfang und Form sowie durch Klarheit der Darstellung besonders hervorragen.
2	gut	Die Note „gut“ ist zu erteilen, wenn die Leistungen nach Inhalt und Form erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegen.
3	befriedigend	Die Note „befriedigend“ ist zu erteilen, wenn es sich um Leistungen handelt, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entsprechen.
4	ausreichend	Die Note „ausreichend“ ist zu erteilen, wenn die Leistungen trotz vorhandener Mängel im Ganzen den Mindestanforderungen entsprechen.
5	nicht ausreichend	Die Note „nicht ausreichend“ ist in allen anderen Fällen zu erteilen.

Zur differenzierten Bewertung können Zwischenwerte durch Erniedrigen oder Erhöhen der Einzelnoten um 0,3 gebildet werden; die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind ausgeschlossen.

(3) Eine Prüfung ist bestanden, wenn die Note mindestens „ausreichend“ (4,0) ist.

(4) Eine Prüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn die nach der Prüfungsordnung vorgesehene Anzahl von Prüfungsversuchen erfolglos verbraucht ist.

(5) Näheres bestimmen die studiengangbezogenen Ordnungen.

§ 15 Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Versucht eine Kandidatin oder ein Kandidat, das Ergebnis ihrer bzw. seiner Prüfung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Leistung als mit „nicht ausreichend“ bzw. „ohne Erfolg“ beurteilt. Dasselbe gilt für Studierende, die die Täuschung durch andere Studierende unterstützen. Studierende, die gegen die Ordnung der Prüfung verstoßen, können von der oder dem jeweiligen Prüfenden oder Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bzw. „ohne Erfolg“ beurteilt.

(2) In besonders schweren Fällen kann die Prüfungsleistung für endgültig nicht bestanden erklärt werden. Ein besonders schwerer Fall liegt insbesondere dann vor, wenn wiederholt versucht wurde zu täuschen. Die Entscheidungen trifft der Prüfungsausschuss nach Anhörung der Kandidatin oder des Kandidaten.

(3) Wird die Tatsache der Täuschung bei einer Prüfung nach der Aushändigung des Prüfungszeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betreffenden Beurteilungen entsprechend berichtigen und die Prüfung gegebenenfalls für „nicht bestanden“ erklären. Der Kandidatin oder dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Das unrichtige Prüfungszeugnis, bei Abschlussprüfungen auch die Abschlussurkunde, sind einzuziehen; gegebenenfalls ist ein neues Prüfungszeugnis bzw. eine neue Abschlussurkunde zu erteilen.

(4) Die prüfende Lehrkraft kann Arbeiten, die nicht unter Aufsicht erstellt worden sind, insbesondere Hausarbeiten, schriftliche Anteile von Präsentationen und Abschlussarbeiten, zum Zwecke der Aufdeckung von Plagiaten mit Datenbanken externer Anbieter abgleichen und die Arbeiten zu diesem Zweck an solche Datenbanken in anonymisierter Fassung übermitteln. Auf Aufforderung der Lehrkraft haben die Studierenden ihre Arbeit eigenständig an solche Datenbanken zu übermitteln. Die Vorschriften über Verschlussachen bleiben unberührt.

§ 16 Prüfende sowie Beisitzende in studienbegleitenden Prüfungen

(1) Prüfende in studienbegleitenden Prüfungen sind in der Regel diejenigen Lehrkräfte, die die jeweilige Veranstaltung durchgeführt haben.

(2) Soweit in den studiengangbezogenen Studien- und Prüfungsordnungen vorgesehen, werden die Beisitzenden in den mündlichen Prüfungen vom Prüfungsausschuss bestimmt.

(3) Stehen einer Beurteilung durch die Prüfenden zwingende Hindernisse entgegen, so bestellt der Prüfungsausschuss Prüferin oder als Prüfer eine andere Lehrkraft, der oder die das betreffende Fachgebiet an der HWR Berlin vertritt.

§ 17 Wiederholung von Prüfungsleistungen

- (1) Studienbegleitende Prüfungen können grundsätzlich mindestens zweimal wiederholt werden. Näheres regeln die Prüfungsordnungen.
- (2) Bestandene Modulprüfungen dürfen nicht wiederholt werden.
- (3) Im Falle eines letzten Prüfungsversuches ist eine Zweitbeurteilung der Prüfungsleistungen durchzuführen. Erfolgt der letzte Prüfungsversuch in Form einer mündlichen Prüfung, muss eine zweite Prüferin oder ein zweiter Prüfer anwesend sein und eine eigene Beurteilung abgeben.

§ 18 Abschlussprüfung

- (1) Die Abschlussprüfung besteht aus der Abschlussarbeit und ggf. der mündlichen Abschlussprüfung. Die Abschlussprüfung ist inhaltlich und organisatorisch so zu gestalten, dass sie bis zum Ende der in der jeweiligen Einzelordnung angegebenen Regelstudienzeit vollständig absolviert werden kann.
- (2) Das Thema der Abschlussarbeit muss einen Bezug zu den Lehrinhalten des Studiengangs aufweisen. Praxisarbeiten sowie interdisziplinäre Themen sind erwünscht. Die Bearbeitung soll Gesichtspunkte der beruflichen und gesellschaftlichen Praxis berücksichtigen.
- (3) Die Abschlussarbeit wird von einer Prüferin oder einem Prüfer betreut und bewertet; eine weitere Bewertung erfolgt durch eine Zweitprüferin oder einen Zweitprüfer. Prüfungsberechtigt sind Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie andere hauptberuflich tätige Lehrkräfte der HWR Berlin, die zu selbstständiger Lehre berechtigt sind, und Lehrbeauftragte. Die Betreuung und Bewertung soll vorrangig von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern vorgenommen werden. Die studiengangsbezogenen Ordnungen können vorsehen, dass in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen auch dann zu Prüferinnen oder Prüfern bestellt werden können, wenn sie keine Lehre ausüben.
- (4) Wird die Abschlussarbeit nicht innerhalb der Bearbeitungsfrist abgegeben, wird sie als mit „nicht ausreichend“ bewertet.
- (5) Studierenden mit Kindern, die sie erziehen und pflegen und Studierenden mit pflegebedürftigen nahen Angehörigen, soll auf begründetem Antrag vom Prüfungsausschuss bzw. von der von ihm beauftragten Stelle der Hochschulverwaltung eine Verlängerung der Bearbeitungszeit gewährt werden. Für Studentinnen im Mutterschutz und Schwangere gilt § 20 Abs. 3 dieser Ordnung.
- (6) Die mündliche Abschlussprüfung ist i. d. R. hochschulöffentlich, es sei denn, die Kandidatin oder der Kandidat widerspricht. Externe können zugelassen werden, wenn die Prüfenden und die Kandidatin oder der Kandidat zustimmen. An der Prüfung nehmen mindestens zwei Prüfende teil. Mindestens eine Prüferin oder ein Prüfer soll Gutachterin oder Gutachter der Abschlussprüfung sein. Die Dauer der mündlichen Abschlussprüfung soll 30 Minuten nicht unter- und 60 Minuten nicht überschreiten.
- (7) Die Abschlussarbeit kann einmal wiederholt werden, wenn sie mit „nicht ausreichend“ bewertet wurde. Wird die mündliche Abschlussprüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet, kann sie einmal wiederholt werden. Weitere Prüfungsversuche sind ausgeschlossen.

(8) Weiteres und Näheres, insbesondere zur Möglichkeit der Rückgabe des Themas der Abschlussarbeit und zum Umfang der Verlängerung der Bearbeitungszeit der Abschlussarbeit, bestimmen die studiengangsbezogenen Studien- und Prüfungsordnungen.

§ 19 Nachteilsausgleich

(1) Auf schriftlichen, begründeten Antrag werden Studierenden, die infolge einer nachgewiesenen Behinderung oder einer chronischen Krankheit anderen gegenüber benachteiligt sind, angemessene Erleichterungen im Studium und bei Prüfungen eingeräumt. Die Erleichterungen sollen die mit der Behinderung verbundenen Nachteile möglichst ausgleichen, ohne dass hierbei eine Minderung der Leistungsanforderungen eintritt. Die oder der Vorsitzende des zuständigen Prüfungsausschusses entscheidet darüber. Sie oder er kann die betroffenen Lehrkräfte in die Entscheidungsfindung einbeziehen.

(2) Nachteilsausgleiche können auch bei persönlichen akuten, zeitlich begrenzten Beeinträchtigungen beantragt werden. Dafür sind fachärztliche Ausgleichsempfehlungen vorzulegen. Zur Berücksichtigung von Betreuung und Pflege ist für Studierende mit Kindern, die sie erziehen und pflegen, Studierende mit pflegebedürftigen nahen Angehörigen, Studentinnen im Mutterschutz und Schwangeren die Beantragung von Nachteilsausgleichen ebenso möglich. Ein Antrag ist so zeitig bei der oder dem zuständigen Prüfenden zu stellen, dass eine Entscheidung noch vor Prüfungsbeginn möglich ist.

§ 20 Mutterschutz

(1) Das Gesetz zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz - MuSchG) in der jeweils gültigen Fassung regelt den Schutz der Studentinnen während der Schwangerschaft, nach der Entbindung und in der Stillzeit. Es wird bekannt gemacht auf der Homepage der HWR Berlin.

(2) Die Mutterschutzfristen hemmen Fristen nach den Studien- und Prüfungsordnungen entsprechend ihrer zeitlichen Länge.

(3) Studentinnen innerhalb der Mutterschutzfristen müssen auf Antrag zum Zweck des Nachteilsausgleichs Verlängerungen der Bearbeitungszeiten für schriftliche Prüfungsleistungen gewährt werden. § 19 Abs. 2 bleibt unberührt.

(4) Weiteres und Näheres bestimmt § 10 a der Ordnung über die Rechte und Pflichten der Studierenden (Studierendenordnung) der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

§ 21 Prüfungsausschüsse

(1) In jedem Fachbereich bzw. Zentralinstitut wird vom Fachbereichs- oder Institutsrat mindestens ein Prüfungsausschuss bestellt. Der Prüfungsausschuss ist in Zusammenarbeit mit der Verwaltung und dem Dekanat oder der Institutsleitung insbesondere zuständig für:

- die Organisation der Prüfungen,
- Bestellung der Prüfenden und Beisitzenden,
- die Organisation von Einstufungsprüfungen,
- Einwendungen gegen Prüfungsentscheidungen und
- Entscheidungen über Täuschungsversuche.

Der Prüfungsausschuss achtet auf die Einhaltung der Bestimmungen der Studien- und Prüfungsordnungen. Er trifft die hierfür erforderlichen Entscheidungen.

(2) Dem Prüfungsausschuss gehören an:

- a) drei Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer nach § 45 Abs 1 Nr. 1 BerlHG,
- b) eine Studentin oder ein Student und
- c) ein Mitglied aus dem Kreis der akademischen oder sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter .

Für jedes Mitglied soll eine Stellvertretung bestellt werden.

(3) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Stellvertretungen werden vom Fachbereichs- oder Institutsrat gewählt. Dabei ist auf die Teilhabe von Männern und Frauen zu achten. Der Fachbereichsrat wählt je eine Hochschullehrerin oder einen Hochschullehrer als Vorsitzende oder Vorsitzenden bzw. als Stellvertreterin oder Stellvertreter. Die Amtszeit des studentischen Mitgliedes beträgt ein Jahr, die der übrigen Mitglieder zwei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

(4) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden oder der Stellvertreterin oder des Stellvertreters ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied aus dem Kreis der Mitglieder nach § 21 Absatz 2 Buchstabe a) und der sonstigen Mitglieder anwesend sind. Er beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. Es gelten die Regelungen der §§ 20 und 21 Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes.

(5) Die Leiterin oder der Leiter der Fachbereichsverwaltung oder der Verwaltung des Zentralinstituts kann an den Sitzungen des Prüfungsausschusses mit Rederecht teilnehmen.

(6) Der Prüfungsausschuss kann die Anrechnung von Studienzeiten oder Prüfungsleistungen nach § 11 sowie die Entscheidung über eine Einstufungsprüfung nach § 10 auch hauptberuflichen Lehrkräften, die nicht dem Prüfungsausschuss angehören, zur selbständigen Entscheidung im Auftrag des Prüfungsausschusses übertragen.

(7) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Anforderungen an die Studierenden in den Prüfungen gleichwertig sind, nach Art und Umfang den Studienzielen gerecht werden und den Modulbeschreibungen entsprechen; er trifft die dafür erforderlichen Entscheidungen.

(8) Zur Erfüllung seiner Aufgaben haben der Prüfungsausschuss sowie jedes seiner Mitglieder ein umfassendes Informationsrecht bezüglich der in seinem Aufgabenbereich durchgeführten Prüfungen; insbesondere kann jedes Mitglied des Prüfungsausschusses jederzeit bei mündlichen Prüfungen zuhören und Einsicht in die schriftlichen Prüfungsarbeiten und Bewertungen nehmen.

(9) Der Prüfungsausschuss kann unbeschadet Absatz 6 die Wahrnehmung von Aufgaben widerruflich auf die Vorsitzende oder den Vorsitzenden bzw. die Stellvertreterin oder den Stellvertreter übertragen, soweit dies rechtlich zulässig ist.

(10) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind i. d. R. nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

§ 22 Einwendungen

(1) Mängel des Prüfungsverfahrens und Beeinträchtigungen des Prüfungsverlaufs müssen unverzüglich gerügt werden. Nach der Bekanntgabe der Entscheidung über die Rüge können die Studierenden innerhalb von zwei Wochen schriftlich Einwendungen beim Prüfungsausschuss erheben. Wird den Einwendungen

stattgegeben, so können die Studierenden die von dem Mangel betroffene Prüfungsleistung erneut ablegen, ohne dass dies als Wiederholung der Prüfung gilt. Sind von dem Mangel nicht betroffene abgrenzbare Teile der Prüfungsleistung bereits erbracht, so kann der Prüfungsausschuss bestimmen, dass diese nicht erneut abgelegt werden, sondern erhalten bleiben.

(2) Gegen die Bewertung der Prüfungsleistung können die Studierenden innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses schriftlich Einwendungen beim Prüfungsausschuss erheben. Die Einwendungen sind zu begründen. Später eingehende Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt. Der Prüfungsausschuss leitet die Einwendungen den betroffenen Prüfenden zur erneuten Bewertung zu. Diese werden dabei aufgefordert, ihre Bewertung zu überdenken und die Prüfungsleistung gegebenenfalls neu zu bewerten. Der Prüfungsausschuss setzt die Einwenderin oder den Einwender über das Ergebnis in Kenntnis.

Abschnitt IV: Urkunden und Zeugnisse

§ 23 Abschlusszeugnis, Abschluss-Urkunde, Diploma Supplement

(1) Nach dem Erwerb aller nach Maßgabe der jeweiligen Studien- und Prüfungsordnung erforderlichen Leistungspunkte in den Modulen des jeweiligen Studiengangs erhält die Kandidatin oder der Kandidat ein Zeugnis und eine Urkunde, aus der sich der erworbene akademische Grad ergibt. Das Zeugnis enthält die Bezeichnung der absolvierten Module, die erzielten Modulnoten sowie die jeweils erworbenen Leistungspunkte nach Modulen. Es wird das Thema der Abschlussarbeit, die Note der Abschlussprüfung und die Gesamtnote ausgewiesen.

(2) Das Zeugnis wird ergänzt durch ein Diploma Supplement gemäß dem jeweils aktuellen Muster der Hochschulrektorenkonferenz auf der Grundlage der Vorgaben von Europäischer Kommission, dem Europarat und UNESCO/CEPES.

(3) Haben Studierende die Abschlussprüfung nicht bestanden, erhalten sie auf Antrag eine Bescheinigung, die die erbrachten Prüfungsleistungen enthält.

(4) Verbindliche Muster für die Ausfertigung von Urkunden und Zeugnissen sind in der Anlage dieser Ordnung festgelegt.

Auf den Rückseiten der Abschlusszeugnisse sind mindestens aufzuführen:

- Name und Vorname der Inhaberin oder des Inhabers der Qualifikation,
- absolvierte Module einschließlich erreichter Leistungspunkte,
- Titel der Abschlussarbeit,
- Anzahl der erreichten Leistungspunkte,
- Modulnoten,
- Abschlussnote und
- die für den Abschluss maßgebliche Studien- und Prüfungsordnung.

Die Gestaltung der Rückseiten der Abschlusszeugnisse erfolgt unter Berücksichtigung des jeweils gültigen Corporate-Design-Manuals der HWR Berlin.

(5) Neben der nach Absatz 4 ausgewiesenen Abschlussnote ist auch eine relative Abschlussnote entsprechend den Standards des European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS-Note) in den Zeugnisdokumenten anzugeben.

(6) Die Absolventinnen und Absolventen technischer und naturwissenschaftlicher Studiengänge gemäß § 1 Nr. 1 Buchst. a) der Neufassung des Ingenieurgesetz (IngG) vom 1. November 2011 (GVBl. S. 690) in der jeweils aktuellen Fassung sind berechtigt, die Berufsbezeichnung Ingenieurin oder Ingenieur zu führen, sofern die studiengangbezogenen Studien- und Prüfungsordnungen dies vorsehen.

Abschnitt V: Abschlussvorschriften

§ 24 Besondere Regelungen für den Fachbereich Duales Studium Wirtschaft • Technik

- (1) In Abweichung zu § 21 Absatz 2 dieser Ordnung gehören dem Prüfungsausschuss an:
1. vier Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nach § 45 Absatz 1 Nr. 1 BerlHG,
 2. eine Lehrbeauftragte oder ein Lehrbeauftragter oder eine Lehrkraft für besondere Aufgaben,
 3. eine Vertreterin oder ein Vertreter einer beteiligten Ausbildungsstätte und
 4. eine Studentin oder ein Student.
- (2) In Abweichung zu § 21 Absatz 3 dieser Ordnung werden die Mitglieder des Prüfungsausschusses im Sinne von Absatz 1 Nr. 1, 2 und 4 sowie je eine Stellvertretung derselben vom Fachbereichsrat gewählt. Das Mitglied im Sinne von Absatz 1 Nr. 3 sowie eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter werden von der Dualen Kommission des Fachbereichs gewählt. Die Amtszeit der Mitglieder im Sinne von Absatz 1 Nr. 1, 2 und 3 beträgt zwei Jahre; die Amtszeit der oder des Studierenden beträgt ein Jahr. Die oder der Vorsitzende und ihre oder seine Stellvertretung werden aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nach § 45 Absatz 1 Nr. 1 BerlHG vom Fachbereichsrat gewählt. § 21 Absatz 4 Satz 1 dieser Ordnung gilt mit der Maßgabe, dass der Prüfungsausschuss beschlussfähig ist, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind und die Mehrheit der Anwesenden aus dem Kreis der Mitglieder nach § 24 Absatz 1 Nr. 1 stammt.
- (3) Die Organisation der Prüfungen einer Fachrichtung kann der Prüfungsausschuss der zuständigen Fachleiterin oder dem zuständigen Fachleiter bzw. der zuständigen Studiengangsleiterin oder dem zuständigen Studiengangsleiter zeitlich befristet übertragen. Die Übertragung ist jederzeit widerruflich.
- (4) Der Prüfungsausschuss kann Aufgaben gemäß §§ 9, 11, 13, 18 und 22 dieser Ordnung der zuständigen Fachleiterin oder dem zuständigen Fachleiter bzw. der zuständigen Studiengangsleiterin oder dem zuständigen Studiengangsleiter zeitlich befristet übertragen. Die Übertragung ist jederzeit widerruflich. Die Kandidatin oder der Kandidat kann die Entscheidung der Fachleiterin oder des Fachleiters bzw. der Studiengangsleiterin oder des Studiengangsleiters dem Prüfungsausschuss innerhalb von zwei Wochen nach Zugang zur Überprüfung vorlegen.
- (5) § 16 Absatz 2 und 3 dieser Ordnung gelten mit der Maßgabe, dass der Prüfungsausschuss der zuständigen Fachleiterin oder dem zuständigen Fachleiter bzw. der zuständigen Studiengangsleiterin oder dem zuständigen Studiengangsleiter zeitlich befristet mit der Wahrnehmung beauftragen kann. Die Übertragung ist jederzeit widerruflich.
- (6) In Abweichung zu den Anlagen werden die Fachrichtungen des Studiengangs Betriebswirtschaftslehre gemäß der Bezeichnungen in den Studien- und Prüfungsplänen auf der jeweils ersten Seite von Urkunden und Zeugnissen ausgewiesen. An die Stelle der Unterschriften der Prüfungsausschussvorsitzenden treten auf den Zeugnissen und den Diploma Supplements die Unterschriften der Fachleiterinnen und Fachleiter bzw. der Studiengangsleiterinnen und Studiengangsleiter.

§ 25 Inkrafttreten/Übergangsregelungen

- (1) Diese Ordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der HWR Berlin in Kraft und ersetzt die Rahmenstudien- und -prüfungsordnung vom 26.05.2015.
- (2) Für den Bachelorstudiengang Öffentliche Verwaltung sind die Vorschriften dieser Ordnung übergangsweise anzuwenden, bis die „Studien- und Prüfungsordnung des Bachelorstudiengangs Öffentliche Verwaltung des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin vom 09.12.2015“ durch eine Neufassung ersetzt wird.
- (3) Für die Bachelorstudiengänge (Angewandte) Industrielle Elektrotechnik (B.Eng.), Bauwirtschaftsingenieurwesen (B.Eng.), Konstruktion und Fertigung (B.Eng.) und Technisches Facility Management (B.Eng.) des Fachbereichs Duales Studium Wirtschaft • Technik ist § 23 Abs. 6 dieser Ordnung in der Fassung vom 26.05.2015 weiter anzuwenden, bis die studiengangbezogenen Studien- und Prüfungsordnungen eine Regelung über das Führen der Berufsbezeichnung Ingenieurin oder Ingenieur treffen.

Anlagen

A. Muster eines Abschlusszeugnisses (Deutsch) – Vorderseite –



Abschlusszeugnis

Frau/Herr _____

geboren am _____ in _____

hat die Abschlussprüfung

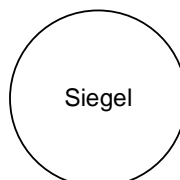
an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin im

Bachelor-/Masterstudiengang

bestanden.

Gesamtprädikat » _____ « (X,X)

Berlin, den (Datum der letzten Prüfung)



Akademischer Grad Vorname Nachname

Akademischer Grad Vorname Nachname

Die Dekanin/Der Dekan des Fachbereichs
Die Direktorin/Der Direktor des Zentralinstituts

Die/Dir Vorsitzende des Prüfungsausschusses

B. Muster eines Abschlusszeugnisses (Englisch) – Vorderseite –



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

Bachelor's/ Master's Degree Grade Transcript

This is to certify that

Ms/Mr _____

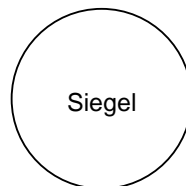
born on _____ in _____

has passed the final examination in the study programme

at the Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (Berlin School of Economics and Law).

Overall grade » _____ « (X,X)

Berlin, (Date of last examination)



Akademischer Grad Vorname Nachname

Dean/Director

Akademischer Grad Vorname Nachname

Head of Examination Board

C. Muster Bachelor-Urkunde (Deutsch)



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

Bachelor-Urkunde

Frau/Herr _____

geboren am Geburtstag in Geburtsort

hat die Abschlussprüfung

an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

im

Bachelorstudiengang

bestanden.

Aufgrund dieser Prüfung wird _____ der akademische Grad

Bachelor of Arts/Laws/Science/Engineering (B.A./LL.B./B.Sc./B.Eng.)

verliehen.

Berlin, den (Datum der letzten Prüfung)

Akademischer Grad Vorname Nachname

Die Präsidentin/ Der Präsident
der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Siegel

D. Muster Bachelor-Urkunde (Englisch)



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

Bachelor's Degree Certificate

This is to certify that

Ms/Mr _____

born on _____ in _____

has passed the final examination in the study programme

_____ at the Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (Berlin School of Economics and Law).

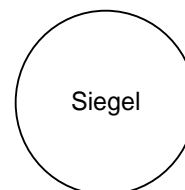
Based on this examination _____ has been awarded the academic degree

**Bachelor of Arts/Laws/Science/Engineering
(B.A./LL.B./B.Sc./B.Eng.)**

Berlin, (Date of last examination)

Akademischer Grad Vorname Nachname

President



E. Muster Master-Urkunde (Deutsch)



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

Master-Urkunde

Frau/Herr _____

geboren am _____ in _____

hat die Abschlussprüfung

an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

im

Masterstudiengang/MBA-Studiengang

bestanden.

Aufgrund dieser Prüfung wird _____ der akademische Grad

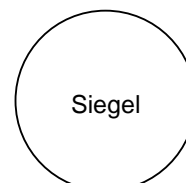
**Master of Arts/Laws/Science/
Business Administration/Public Administration
(M.A./LL.M./M.Sc./ MBA/MPA)**

verliehen.

Berlin, den (Datum der letzten Prüfung)

Akademischer Grad Vorname Nachname

Die Präsidentin/ Der Präsident
der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin



Siegel

F. Muster Master-Urkunde (Englisch)



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

Master's Degree Certificate

This is to certify that

Ms/Mr _____

born on _____ in _____

has passed the final examination in the study programme

_____ at the Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (Berlin School of Economics and Law).

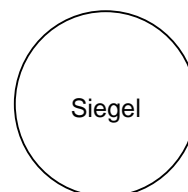
Based on this examination _____ has been awarded the academic degree

**Master of Arts/Laws/Science/
Business Administration/Public Administration
(M.A./LL.M./M.Sc./ MBA/MPA)**

Berlin, (Date of last examination)

Akademischer Grad Vorname Nachname

President



**Framework study and examination regulations
of the Berlin School of Economics and Law
In the version from 09.02.2016 and 05.07.2016, amended on 12.12.2017²**

Contents

Section I: General provisions

- § 1 Objectives and scope
- § 2 Regulations issued by the departments, announcements
- § 3 General study aims
- § 4 Student counselling services

Section II: The structure of the degree programme and obligatory course counselling

- § 5 Modularization
- § 6 Mobility
- § 7 Foreign languages
- § 8 Forms of instruction
- § 9 Obligatory course counselling

Section III Examinations

- § 10 The assessment test
- § 11 Accrediting study periods and examinations
- § 12 Registering for and de-registering from examinations
- § 13 Failure to sit examinations
- § 14 The assessment of examinations
- § 15 Misconduct, breach of regulations
- § 16 Examiners
- § 17 Repeating examinations
- § 18 The final examination
- § 19 Disadvantage compensation
- § 20 Maternity leave
- § 21 The examination boards
- § 22 Objections and appeals

Section IV: Certificates and transcripts

- § 23 Degree transcripts and certificates, the diploma supplement

Section V Final provisions

- § 24 Special regulations for the Department of Co-operative Studies
- § 25 Commencement / temporary regulations

Appendix: Example certificate (see pages 17 - 22)

² The English translation is for information purposes only. The German version is the original and constitutes the sole legally-binding version of this text.

Section I: General provisions

§ 1 Objectives and scope

(1) These framework regulations establish the principles governing the design and structure of degree programmes and the conduct of examinations at the Berlin School of Economics and Law (HWR Berlin). It is binding for all degree programmes, departments and institutes at the HWR Berlin, with the exception of the "internal" programmes for higher career levels in the public administration "Public Administration", "Police Service" and "Administration of Justice".

(2) Degree programmes provided in conjunction with other universities can be subject to diverging regulations. This requires the consent of the Academic Senate.

(3) These framework regulations are intended to ensure compatibility of the degree programmes within the HWR, within Europe and internationally. In particular, they are intended to ensure that the HWR degree programme meets the requirements of the Bologna process.

§ 2 Regulations issued by the departments, announcements

(1) The various departments and institutes issue study and examination regulations for each degree programme. The study and examination regulations set out the aims of each degree course and the structure and content requisite to this end. Those drafting these regulations are to ensure that the requirements which they establish permit on-time completion of the degree programme and prepare students for professional entry.

The study and examination regulations regulate

- The exact nature of the degree qualification in which the course of study culminates and the design and structure of the degree certificate and diploma supplement.
- The subject-specific standard period of study; the structure of the degree programme (via specification of the modules and credit points per module) and the examination procedure.
- The module design via specification of the skills to be taught and the examination forms demanded; the entry prerequisites to each examination and the requirements made of the candidates in each examination; the significance of each examination for completion of the degree programme and the procedure regulating the repetition of examinations / the inability of a candidate to sit examinations.
- The procedure for the assessment of examinations and the accreditation of examinations and the significance of skills and periods of vocational training and professional experience in contributing towards the final grade; detailed specifications regarding the completion of the final thesis.
- The study and examination regulations can prescribe a general presence requirement or a presence requirement for specific modules.

(2) HWR students will be informed of all lessons and examination dates in a suitable form, e.g. an announcement on the respective notice board or internet page, or via an e-mail sent to their university e-mail address. All valid regulations are available for download from the HWR website. We recommend that students keep up-to-date with all the study and examination regulations which apply to their course.

§ 3 General study aims

(1) The teaching and study of the degree programmes provided by the HWR are intended to prepare students for the demands of professional employment, taking into account recent changes to the professional environment and general social change. They are to equip graduates with all the subject-specific knowledge, skills and methodologies required for independent scholarly work, critical thinking and responsible, democratic and social action. This involves the acquisition of both subject-specific and generic skills.

(2) A Bachelor programme is intended to provide its students a first academic degree qualifying its holder to enter a professional occupation. Over the long-term, it is designed to enable its holder to assume positions of responsibility or perform independent work. Students studying for a post-graduate programme will be either drawn more deeply into particular areas, or offered a broader scope of study, as compared to undergraduate level. This study will culminate in the award of an academic qualification qualifying its holder to enter a professional occupation.

(3) Generic qualifications comprise both cognitive as well as social skills. The teaching of cognitive skills focuses on the recognition, classification, analysis and evaluation of problems. The social skills which these programmes impart include communication skills, especially those pertaining to discussion, co-operation and leadership, as well as the skill of exercising solidarity in social responsibility. Students are to be qualified to perform academic work and gain social skills (key qualifications).

(4) The HWR Berlin is committed to co-operation and exchange with international universities, especially within the European context. The degree programmes provided at the HWR are required to consider the international aspects of the subject under instruction.

(5) The General Studies programme provided at the HWR is intended to support students in reaching their study aims in accordance with § 3 sections 1 and 2. The General Studies programme is intended to provide its students with a well-rounded education, impart general knowledge, teach interdisciplinary thinking and provide orientational knowledge. Its study is intended to make a contribution to furthering international and inter-cultural understanding.

§ 4 Student counselling services

(1) Student counselling services are the responsibility of the academic departments and central institutes at the HWR Berlin. Individual course advice is the task of all full-time lecturers as a matter of principle. The teaching staff is to provide subject-specific course advice at every stage of the degree programme, especially relating to the opportunities presented by the degree programme and the general approach to studying and examination techniques.

(2) In addition to this basic service, the department or institute council responsible for each degree programme is to establish a designated full-time lecturer to act as the provider of course advice in matters relating to study and examinations. This designated individual is to co-operate with the Central Student Advisory and the Examinations Office in the provision of advice, especially to applicants; those seeking to change university; and others requiring information pertaining to special cases.

Section II: The structure of the degree programme and obligatory course counselling

§ 5 Modularization

- (1) The degree programmes of the HWR Berlin are structured into modules.
- (2) A module is a thematically self-contained unit of study. It is characterized by:
 - a) Its contents and the aim of the qualification
 - b) The teaching form
 - c) The course prerequisites (entry prerequisites)
 - d) Its applicability
 - e) The preconditions for the award of credit points
 - f) Credit points and grades
 - g) The frequency of its availability
 - h) The workload which it involves
 - i) Its completion time

As a rule, a module is concluded with an examination.

- (3) Modules can be provided as compulsory modules, electives or optional modules.
- (4) The modules provided within the context of the General Studies programme can also be taken as electives; should the relevant degree regulations foresee such an eventuality, they can also be taken as optional electives. All particulars are regulated by the study regulations of the specific degree programme.

§ 6 Mobility

The degree programmes and examinations are to be organized so as to permit students to participate in university exchange programmes or perform work experience in an international context without requiring additional time to complete their studies.

§ 7 Foreign languages

The HWR Berlin seeks to enable students to improve their language skills. To this end, we provide special language courses and exchange programs. The HWR Berlin is also able to take modules instructed in a foreign-language within the course of their degree programme, subject to their availability.

§ 8 Forms of instruction

- (1) The forms of teaching and learning provided in the modules of classroom-based degree programmes comprise lectures, seminar-based lectures, seminar teaching, exercises, seminars, project seminars and practice phases.
- (2) Some modules are also provided as purely online (e-learning) and blended learning classes which combine online and classroom-based forms of teaching.

(3) The study and examination regulations can specify new forms of teaching, in particular service learning, as a method of testing and introducing new forms of teaching and learning.

§ 9 Obligatory course counselling

(1) Students who have failed to acquire a third of the credit points for their degree after reaching the halfway point of the regular period of study (in undergraduate degree programmes, three months after the time period foreseen by § 28 section 2 sentence 5 BerlHG for course consultation) are required to undergo obligatory course consultation with the aim of establishing the best approach to successful course completion. Students enrolled on the basis of § 11 section 2 or section 3 who have not yet achieved those study aims specified in the study and examination regulations within their first academic year are to consult with the student counselling services by the end of the first academic year in accordance with sentence 1. The aim of obligatory course counselling is the conclusion of an agreement which plans the future course to be taken by their studies; the student is obliged to agree to a set of specific measures which will ensure the completion of their studies (a degree completion plan).

(2) If a degree completion plan in accordance with section 1 cannot be agreed, the examination regulations may contain a provision enabling the examination board to set a deadline by which the student is required to pass certain classes and pass certain stipulated examinations. The student in question is to be provided with written notification of the possibility of being disenrolled, should they fail to meet at least one third of these targets by the specified time. When drawing up the binding targets, the personal situation of the student is to be sufficiently taken into account; the study and examination regulations must contain scope for the recognition of hardship and exceptional cases.

(3) All decisions to be made in accordance with this specification / the corresponding provision in the examination regulations are to be made by the responsible examination board.

Section III: Examinations

§ 10 The assessment test

(1) Special assessment tests give applicants the opportunity to demonstrate their possession of knowledge and skills acquired in non-study contexts.

(2) Assessment tests are to be sat on the request of the applicant before the commencement of study. An assessment test cannot be repeated.

(3) The examination board responsible for the degree programme reaches all decisions pertaining to the application and the procedure.

§ 11 Accrediting study periods and examinations

(1) The accreditation of study periods and examinations gained in both Germany and outside Germany is performed in accordance with the *Gesetz zu dem Übereinkommen vom 11. April 1997 über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region* (Bundesgesetzblatt 2007, part II, page 712ff.). Accreditation is granted if the skills subject to the accreditation procedure are not found to present

any significant difference to those against which they have been compared. The burden of proof that examinations do not fulfil the criteria for accreditation requirements lies with the university. Any refusal of accreditation requires justification. Examinations may only be accredited once.

(2) Skills outlined in the study or examination regulations which have been acquired in a non-university setting can be accredited to a degree programme. A total of up to half the credit points of a degree programme can be awarded for these skills. These skills must be equivalent to the skills taught within a degree programme taught at the HWR Berlin. Examinations and skills may only be accredited once.

(3) The decision regarding the skills which can be accredited is to be reached by the responsible examination board or a lecturer appointed by the board.

(4) The assessment "fail" or "unsuccessful" are to be recorded and are classified as examination attempts in modules of a comparable scope and subject focus.

(5) Students changing degree programme within the HWR Berlin are to be placed in a subject-specific semester which accords to the scope of the volume of the study periods and examinations accredited to them.

§ 12 Registering for and de-registering from examinations

(1) In degree programmes with for which course registration is to be conducted online, registration for a course or a module amounts to automatic registration for the associated examinations. Participation in the examination is mandatory as far as the candidate is unable to present admissible grounds for withdrawal in accordance with § 18 of the regulations (rights and responsibilities of the students); alternatively, the candidate can claim an important reason for failing to sit an examination in accordance with § 13 of these regulations.

(2) The registration and withdrawal procedure for examinations that form part of degree programmes but which are not subject to online registration are the responsibility of and are to be determined by the departments and institutes. These are to be stipulated in the examination regulations of the individual degree programme.

§ 13 Absence from examinations and withdrawal

(1) Absence from an examination is recorded if: a candidate fails to sit an examination for which they are registered; fails to submit an examination or submits it late; or withdraws from an examination without presenting a valid reason. The examination will be recorded as "fail" or "unsuccessful". This assessment will not be awarded if the candidate presents evidence forthwith of a valid reason for withdrawal from or failure to sit the examination in accordance with sections 2 and 3. Candidates arriving late to an examination will not be granted extra time to complete it.

(2) A valid reason for non-participation in or withdrawal from an examination involves circumstances beyond the control of the candidate. This applies especially in the case of incapacity. The birth of a child; maternity leave; the illness of a child or other relative in need of attendance and for whom the student is responsible; the acute illness or verifiable absence of a carer for an immediate relative in need of care (as defined by the *Pflegezeitgesetz*) are also grounds for absence. Further rights for female students are regulated by § 20. The reasons advanced for failure to sit an examination or the withdrawal from it must be submitted in writing to the examination board / the office in the university administration designated by the

examination board within three working days after the date of the examination / the deadline date for the submission of assignments. These reasons require substantiation. Written notification must be submitted as soon as the candidate is able to do so. In the latter case, the candidate is also required to provide reasons for the lateness of this submission. Incapacity on the part of the candidate, or the illness of a child must be proven by a doctor's certificate. In certain well-founded exceptional cases of personal incapacity, especially in the case of a repeat examination, the examination board is entitled to demand a doctor's certificate.

- (3) Should a student provide a compelling reason for failure to sit or their withdrawal from an examination within the prescribed period, this will not be classified as an attempted examination. This also applies to failure to attend a resit.
- (4) A (single) date will be set to resit the examination in the following semester at the latest. The student will automatically be registered for this examination. The student will be informed of the date of this examination in a suitable form. Any further dates for further examinations within the scope of the regular examination repeat remain unaffected.
- (5) Details regarding this matter are regulated by the provisions of the study and examination regulations of the individual degree programme.

§ 14 The assessment of examinations

- (1) As a rule, three-quarters of each degree programme is to be subject to differentiated assessment by examination. The final grade awarded for the degree programme is a composite of all the grades awarded in the course of the degree programme plus any other proofs of achievement.
- (2) The following grades are to be used in this procedure:

1	Very good	This grade is to be awarded to all those candidates who distinguish themselves by the originality, breadth and form of the knowledge which they display and the clarity of their presentation.
2	Good	This grade is to be awarded those candidates who display a considerably above-average performance.
3	Satisfactory	This grade is to be awarded for performance complying with the average.
4	Sufficient	This grade is to be awarded for performance which although exhibiting considerable shortcoming, satisfies the overall minimum requirements.
5	Fail	This grade is to be awarded in all other cases.

Differentiated grades follow from 1-5. Each full number can be raised or lowered by 0.3. The grades 0.7, 4.3, 4.7 and 5.3 are not permissible.

- (3) An examination is deemed to have been passed if the module was awarded a grade of "pass" (4.0) or better.
- (4) An examination is deemed to be a "final failure" if the student has exhausted the number of examination attempts to which they are entitled in accordance with the examination regulations, without passing the examination.

- (5) Details regarding this are given in the study regulations of the individual degree programmes.

§ 15 Misconduct, breach of regulations

(1) Should a candidate attempt to influence the outcome of an examination through misconduct or the use of prohibited resources, the examination will be classified as failed. The same applies to students who support their fellow students in any form of misconduct. Students found to have infringed the examination regulations can be excluded from further participation in the examination. The decision lies within the authority of the examiner or invigilator. In such a case, the examination will be graded as "fail" or "unsuccessful".

(2) Following an especially serious case of misconduct, the examination can be evaluated as a "final failure". Cases involving repeated attempts at misconduct are taken especially seriously. The decision relating to this matter is to be made by the examination board after conducting hearing with the candidate involved.

(3) If the fact of misconduct becomes known after the award of the degree transcript, the examination board can subsequently amend the assessment affected and where necessary, declare the examination as having been failed. The candidate shall be given the opportunity to make a statement before a decision is reached. The incorrect examination transcript (in the case of a final examination, the degree certificate) is to be returned to the university and where necessary, a new examination transcript / degree certificate is to be issued.

(4) The examiner can subject academic work not performed under supervision (especially written assignments, the written parts of presentations and final theses) to the anti-plagiarism software of external service providers. This must be performed in anonymous form. Students can be required by their lecturer to subject written work to anti-plagiarism software. The regulations pertaining to confidentiality remain unaffected.

§ 16 Examiners and observers in module examinations

(1) As a rule, module examinations are to be examined by the teachers of the respective lesson.

(2) As far as foreseen in the study and examination regulations regulations of the individual degree programme, the observers in an oral examination are to be appointed by the examination board.

(3) Should an examiner be prevented by compelling grounds from assessing a candidate, the examination board is to appoint a replacement drawn from the teaching staff of the HWR Berlin and active in teaching this area.

§ 17 Repeating examinations

(1) In the great majority of cases, module examinations can be repeated twice. All particulars of this issue are regulated by the examination regulations.

(2) Passed module examinations may not be repeated.

(3) A final examination attempt is to be subject to two assessments from two examiners. If the final examination attempt is conducted as an oral examination, a second examiner must be present and provide an independent assessment.

§ 18 The final examination

(1) The final examination consists of the final thesis and (where necessary) a final oral examination. The final examination is to be organized in such a way (in terms of contents and structure) to enable students to sit it within the standard period stipulated by the study regulations of the individual degree course.

(2) The topic of the thesis must relate to the taught contents of the degree programme. Practical work and interdisciplinary topics are welcome. The completion of the thesis should take into account the characteristics of professional and social practice.

(3) The final thesis will be supervised and assessed by an examiner; a further assessment will be undertaken by a second examiner. The thesis can be supervised by an university lecturer well as other full-time and part-time teaching staff who hold authorization to perform independent teaching. Final theses are principally to be supervised and assessed by university lecturers. The study regulations of the individual degree programme can permit the selection of a supervisor with practical and teaching experience but who is not a member of the teaching staff.

(4) If the final thesis is not submitted within the set time, it will be graded as a "fail".

(5) Students with responsibility for children and those who are responsible for the care of dependants (close relatives) in need of attendance are entitled to make a well-founded and justified application to the examination board, for an extension to the completion time. Pregnant students and those on maternity leave are subject to § 20 section 3 of these regulations.

(6) As a rule, a final oral examination is to be conducted as a public university examination, unless the candidate objects. As far as the candidate does not object, non-university members can be admitted to the oral examinations as an audience. The examination must be conducted by a minimum of two examiners. At least one of the examiners is also to function as the examiner of the final examination. An oral final examination shall not last less than 30 minutes and shall not exceed 60 minutes.

(7) If the final thesis is graded as a "fail", the candidate may repeat it once. If the final oral examination is graded as a "fail", the candidate may repeat it once. Further attempts are not permitted.

(8) Details regarding this matter, especially regarding alterations to the topic of the final thesis and the length of the extension which is to be granted, are given in the study and examination regulations of the individual degree programme.

§ 19 Disadvantage compensation

(1) The submission of a written application providing proof of a disadvantage in comparison to other candidates resulting from a disability or chronic illness can result in the granting to the student of appropriate disadvantage compensation in the course of their studies and in examinations. This disadvantage compensation should seek to equalize the disadvantage resulting from the disability and may not amount to a

reduction in the performance requirements. The chair of the competent examination board makes all decisions regarding this matter. The chair can involve the relevant lecturer in reaching this decision.

(2) Students are also permitted to apply for measures of disadvantage compensation in the case of personal, acute, temporary restrictions. This requires a doctor's certificate from a specialist practitioner in the relevant field. Students with responsibility for children; those who are responsible for the care of relatives in need of attendance; students on maternity leave and pregnant students are entitled to make an application for disadvantage compensation. Such an application must be submitted to the responsible examiner in sufficient time to enable a decision to be made before commencement of the examination.

§ 20 Maternity leave

(1) The German maternity leave legislation (*Gesetz zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz - MuSchG)*) provides the legal basis for the provisions operating at the *HWR Berlin* regulating the protection afforded to female students during pregnancy, following birth and in the breast-feeding period. These provisions are published in the *HWR Berlin* homepage.

(2) The period of maternity leave constrains the examination periods as established in the study and examination regulations.

(3) Students on maternity leave who submit an application for an extension of the completion time for written examinations and course work, will have this application granted (disadvantage compensation). § 19 section 2 is not affected by this provision.

(4) Details regarding this matter are given in § 10 a of the regulations The rights and obligations of students (students' regulations) of the Berlin School of Economics and Law (*Ordnung über die Rechte und Pflichten der Studierenden (Studierendenordnung) der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin*).

§ 21 The examination boards

(1) Every department or central institute council convenes at least one examination board. Working together with the departmental administration and the dean's office or the institute management, the examination board is responsible for:

- The organization of final examinations
- The appointment of examiners and observers
- The organization of assessment tests
- Appeals against decisions
- Decisions pertaining to allegations of misconduct

The examination board ensures adherence to all the provisions of the study and examination regulations. It takes all the necessary decisions to this end.

(2) An examination board consists of

- a) Three university lecturers in accordance with § 45 section 1 no. 1 BerlHG
- b) A student
- c) A member of staff from the academic or non-academic staff

A deputy is to be named for each member.

- (3) The members of the examination board and their deputies are elected by the department or institute council. Considerations of equal opportunities are to be observed. The department council appoints a professor as its chairperson and their deputy. The term of office of the student representative amounts to a year. All other board members serve for two years. A re-election is permitted.
- (4) The examination board constitutes a quorum given the presence of the chairperson or their deputy and a further voting member from the group of members named in accordance with § 21 section 2, a, and the other members. The board takes decisions on the basis of a simple majority. In the case of a tie, the chairperson has the casting vote. The regulations of §§ 20 and 21 *Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes* applies.
- (5) The head of the departmental administration or the head of a central institute have the right to full participation in the sittings and discussions of the examination board.
- (6) The examination board can delegate decisions regarding the accreditation of study periods or examinations (in accordance with § 11) and decisions pertaining to an assessment test (in accordance with § 10) to full-time lecturers who are not members of the examination board to make independent decisions on behalf of the examination board.
- (7) The examination board is to ensure that the requirements made of the examination candidates remain equal in all examinations and that they comply with the nature and scope of the aims of study and module descriptions. The board is to take all decisions to this end.
- (8) To enable the members of the examination board to complete its tasks, the examination board and its members have a comprehensive right to information regarding all examinations conducted within its area of responsibility. Every member of the examination body is entitled to attend any oral examination and is entitled to inspect all written examinations and their assessment.
- (9) Notwithstanding section 6, the examination board can confer the performance of any of its tasks to the chairperson or their deputy as far as this is legally permissible. Tasks thus conferred can be revoked at any time.
- (10) As a rule, the examination board sits in private. The members of the examination board are committed to maintain strict confidentiality.

§ 22 Objections and appeals

- (1) Any shortcomings in the examination procedure or disruption to the course of the examination must be subject to immediate complaint. After the announcement of the decision relating to the complaint, the students have two weeks within which to make a written appeal to the examination board. If the appeal is upheld, the students concerned can re-sit the examination, without this being classified as a repeat attempt. If entirely separate components of the examination not affected by the shortcomings have already been sat, the examination board can rule that these are not to be repeated, but stand.
- (2) Students can lodge an appeal against the assessment of the examination within four weeks of the announcement of the examination results. These appeals must be submitted to the examination board in writing. The appeal requires substantiation. Appeals submitted at a later date will not be considered. The examination board will forward the appeal to the examiner involved. The examiner will be requested to

reconsider their assessment and revise it if necessary. The examination board will inform the student of the outcome of this procedure.

Section IV: Certificates and transcripts

§ 23 Degree transcripts and certificates, the diploma supplement

(1) Following the award of all credit points in the modules of the respective degree programme in accordance with the specifications of the respective study and examination regulations, the candidate will be issued with a degree transcript and a certificate which specifies the degree awarded. The transcript lists the titles of all the modules completed, the grades awarded and the number of credit points awarded for each module. The topic of the final thesis, its grade and the overall grade achieved for the degree are also listed.

(2) The degree transcript is supplemented by a diploma supplement issued in accordance with the currently valid template issued by the German Rectors' Conference. This has been drawn up on the basis of the prescriptions of the European Commission, the Council of Europe and UNESCO/CEPES.

(3) Students not having passed their final examination can apply for official certification listing the examinations which they have passed.

(4) An appendix to these regulations contains binding templates for the generation of degree certificates, transcripts.

The minimum requirements for the reverse side of the transcript:

- The name and surname of the holder of the qualification
- Those modules completed and the credit points awarded
- The title of the final thesis
- The number of credit points attained
- The individual module grades
- The final grade
- The applicable study and examination regulations

The reverse side of the degree certificate is to be designed in accordance with the currently valid corporate design manual of the HWR Berlin.

(5) In addition to the final grade listed in accordance with section 4, a relative grade in accordance with the standards of the European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS grade) is also to be specified on the transcript documentation.

(6) The graduates of degree programmes in the technical disciplines and the natural sciences in accordance with § 1 no. 1 letter a) of the new edition of the *Ingenieurgesetz (IngG)* from 1 November 2011 (GVBl. S. 690) in its valid editions are entitled to use the job title "Ingenieur" or "Ingenieurin" (engineer) as far as the study and examination regulations of the individual degree programme permit this.

Section V: Final provisions

§ 24 Special regulations for the Department of Co-operative studies

(1) In deviation from § 21 section 2 of these regulations, the following individuals belong to the examination board:

1. Four university lecturers in accordance with § 45 section 1 no. 1 BerlHG
2. A part-time lecturer or a lecturer with special responsibilities
3. A representative from the relevant training centre
4. A student

(2) In deviation from § 21 section 3 of these regulations, members of the examination board as defined by section 1 nos. 1, 2 and 4 and a deputy are to be elected from the same department council. The member as defined by section 1 no. 3 and their deputy are elected from the departmental co-operative studies committee. The tenure of the member as defined by section 1 nos. 1, 2 and 3 amounts to two years; that of the student member lasts a year. The chairperson and their deputy are elected by the department council from the group of university teaching staff in accordance with § 45 section 1 no. 1 BerlHG. § 21 section 4 sentence 1 of these regulations apply with the limitation that the examination board constitutes a quorum given the presence of a minimum of three of its members; the majority of those present must be drawn from the members as specified by § 24 section 1 no. 1.

(3) The examination board can task the responsible Division Director or Academic Director with the organisation of the examinations of a specialisation. This transfer is temporary and can be revoked at any time.

(4) In accordance with §§ 9, 11, 13, 18 and 22 of these regulations, the examination board can charge the responsible Division Director or Academic Director with certain tasks. This transfer is temporary and can be revoked at any time. The candidate can lodge an appeal against the decision of the Division Director or the Academic Director within two weeks. This is to be submitted to the examination board, which will rule on it.

(5) § 16 sections 2 and 3 of these regulations apply with the limitation that the examination board can task the responsible Division Director or Academic Director with this task. This transfer is temporary and can be revoked at any time.

(6) In deviation to the specifications of the appendices, the specialisations of the degree programme Business Administration will be listed on the first page of the degree certificate and transcript in accordance with the terms listed in the study and examination plans. The degree transcripts and the diploma supplements will not carry the signature of the chair of the examination board but that of the Division Director or the Academic Director.

§ 25 Commencement / temporary regulations

(1) These regulations take effect on the day after their publication in the HWR Berlin bulletin. They supersede the Framework Study and Examination Regulations from 26.05.2015.

(2) The specifications of these regulations are to be applied to the Bachelor programme "Public Administration" on a temporary basis until the dedicated study and examination regulations for "Public

Administration" from 09.12.2015 have been updated by the Department of Public Administration HWR Berlin.

(3) § 23 section 6 of these regulations in the edition from 26.05.2015 still apply to the Bachelor programmes "(Applied) Electrical Engineering" (B.Eng.); "Civil Engineering" (B.Eng.); "Mechanical Engineering" (B.Eng.); and "Technical Facility Management" (B.Eng.) from the Department of Cooperative Studies, until the study and examination regulations of the individual degree programme have established a regulation regarding the use of the title "Ingenieur" or "Ingenieurin" (Engineer).